

Antrag auf Betreuung auswärtiger Kinder

Kreisverwaltung Südliche Weinstraße
-Kreisjugendamt-
z.Hd. Frau Riß
An der Kreuzmühle 2
76829 Landau

Personalien des Kindes:

Name _____

Vorname _____

Geburtsdatum _____

Personalien der Eltern:

Vater _____

Mutter _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Wohnort _____

Telefonnummer _____

Wunsch-KiTa _____

Betreuung ab _____

Gründe für die auswärtige Betreuung:

Im Rahmen des Antragsverfahrens werden die Angaben zu personenbezogenen Daten erfasst und weiterverarbeitet. Nähere Informationen zur verantwortlichen Stelle sowie die Informationen gemäß Art. 13 der EU-Datenschutzgrundverordnung entnehmen Sie bitte dem beigefügten Informationsblatt zum Datenschutz.

Ort, Datum

Unterschrift Erziehungsberechtigte

Informationen gemäß Art. 13 Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO)

Gegenstand der Verarbeitung:

**Kindertagesstätten –
Betreuung auswärtiger Kinder**

1. Verantwortlicher (Art. 13 Abs. 1 lit. a DS-GVO)

Kreisverwaltung Südliche Weinstraße
-Jugendamt-
An der Kreuzmühle 2
76829 Landau
E-Mail: info@suedliche-weinstrasse.de
Tel.: 06341 940 104

2. Beauftragte oder Beauftragter für den Datenschutz (Art. 13 Abs. 1 lit. b DS-GVO)

Kreisverwaltung Südliche Weinstraße
-Datenschutzbeauftragter-
An der Kreuzmühle 2
76829 Landau
E-Mail: Datenschutz@suedliche-weinstrasse.de
Tel.: 06341 940 224

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. c DS-GVO)

- Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt zum Zweck der Bearbeitung von Anträgen auf Betreuung von auswärtigen Kindern in Kindertagesstätten.
- Rechtsgrundlage gemäß Art. 6 Abs. 1 DS-GVO: SGB VIII

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

- KiTa, Träger der KiTa, zuständige Verbandsgemeinde

5. Übermittlung an Drittland (Art. 13 Abs. 1 lit. f DS-GVO)

Es werden keine personenbezogenen Daten an Drittländer weitergegeben.

6. Dauer der Speicherung (Art. 13 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

- Personenbezogene Daten werden so lange aufbewahrt, wie sie für die in Nr. 3 genannten Zwecke benötigt werden, längsten für 10 Jahre nach Beendigung des Verfahrens.

7. Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 lit. c bis d DS-GVO)

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO)
- Recht auf Berichtigung, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO)
- Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DS-GVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DS-GVO, insbesondere
 - soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit;
 - wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt;
 - wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt und deshalb nicht gelöscht werden können, oder
 - wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 DS-GVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
- Recht auf Widerspruch nach Art. 21 DS-GVO gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht, das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

8. Beschwerderecht (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Stand dieser Information: 04.07.2018